

Das Ruhrgebiet

in der Konzentration der eisenschaffenden Industrie im Westen, am Rhein (Duisburg), und mit Abstand auch im östlichen Bereich des Kerngebietes (Dortmund) seinen sichtbaren Ausdruck. Gegenüber diesem regionalen Wandel, der eher die wirtschaftliche Position einiger Großkonzerne der Montansektoren von Kohle und Stahl stärkte (Unternehmens- und Standortkonzentration), vollzieht sich mit dem Strukturwandel der letzten Jahre ein radikaler Loslösungsprozeß eben von diesen alten industriellen Bereichen - in einzelnen Teilregionen unterschiedlich stark ausgeprägt.

Genau besehen läßt der Industrieraum „Ruhrgebiet“ eine große wirtschaftliche, soziale und geographische Vielfalt erkennen. Die unterschiedlichen Zonen des Reviers vermittelten schon früher und vermitteln noch heute tatsächlich ein vielseitiges Bild, was jeglicher vorurteilsbeladener und vereinfachender Klischeebildung über die Region widerspricht. Den südlichsten Teil des Ruhrgebietes bildet, angrenzend an das niederbergische Hügelland, die ‚Ruhr-Zone‘. Dem Verlauf des Ruhrtals folgend gilt sie als die Wiege des frühindustriellen Reviers. Sie ist heute mit ausgedehnten Grünflächen und Stauseen eine beliebte Freizeit- und Naherholungslandschaft.

Nördlich der Ruhr schließt sich die ‚Hellweg-Zone‘ an, benannt nach der alten Handelsstraße ‚Hellweg‘, die das spätere Ruhrgebiet von Mülheim/Essen über Dortmund, Unna in Richtung Soest durchquerte. Dieses Gebiet galt vor der Industrialisierung als ‚Kornkammer‘ der Region, stellte dann über einen langen Zeitraum das industrialisierte Kernland dar und ist heute bevorzugter Standort von Handel und Dienstleistungen im Revier. Die Hellweg-Zone hat sich mittlerweile (zweite Hälfte der 80er Jahre) vom Bergbau verabschiedet, besitzt jedoch noch Eisen- und Stahlindustrie sowie montanorientierte Wirtschaftszweige, wenngleich auf erheblich reduziertem Niveau.

Von einer gänzlich ausgewogenen Wirtschaftsstruktur zu sprechen, wäre verfehlt, angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die die traditionellen Montanstandorte dieser Region (Dortmund und Bochum; Duisburg zählt zur Rheinschiene) immer noch haben. Allerdings hat sich in dieser Zone der Strukturwandel hin zu den Dienstleistungen, Wissenschaften und industriellen Innovationen am nachhaltigsten vollzogen. Zurück blieben lokal gravierende Probleme mit industriellen Altlasten, die im Einzelfall sogar den Abriß ganzer Neubausiedlungen auf

ehemaligen, verseuchten Industriebrachen notwendig machten (z.B. in Dortmund-Dorstfeld und in Bochum-Günnigfeld).

In der nach Norden hin anschließenden ‚Emscher-Zone‘, die vor allem die nördlichen kreisfreien Städte des Ballungskerns (Oberhausen, Bottrop, Gelsenkirchen, Herne) und Gemeinden des Kreises Recklinghausen (Gladbeck, Castrop-Rauxel, Herten und Recklinghausen selbst) umfaßt, konzentrieren sich noch altindustrielle Sektoren der Verbundwirtschaft und, wo diese schon abgezogen sind, die Nachfolgeprobleme mit den industriellen Altlasten. Zu diesen ökologischen Altlasten sind auch die weiten ‚Poldergebiete‘ zu rechnen - Bergsenkungen infolge des Kohleabbaus nach dem Prinzip des ‚Bruchbaus‘ - die mit Pumpen (etwa 100) ähnlich wie in Holland entwässert werden müssen. Bei Gefahr der Versumpfung hat dies ewig zu erfolgen. Zudem müssen Bachläufe, Flüsse und Kanäle stetig höhergesetzt und eingedeicht werden. Infrastrukturell war diese Teilregion schon immer benachteiligt worden. Trotz aller sich auch hier vollziehender Entindustrialisierung, stellt sie, neben der Rheinschiene, gegenwärtig noch die eigentliche Industrieregion des Reviers dar.

Noch weiter nördlich erstreckt sich die ‚Lippe-Zone‘, die in ihrer ländlichen Struktur vormals als Ergänzungsgebiet des Ballungsraumes galt. Hier hatten sich besonders seit den dreißiger Jahren moderne Industrien auf offener Fläche angesiedelt, wie die Chemie, Raffinerien, Elektrizitätswerke und schon viel früher der Bergbau (um 1900 Unterquerung der Lippe). In der Gesamtbetrachtung bleibt sie jedoch stark landwirtschaftlich geprägt, sie bietet zudem Erholungsfunktionen für die Bevölkerung des Ruhrgebiets an.

Allerdings besteht durch die Nordwanderung des Bergbaus in die Lippe-Zone die Gefahr beträchtlicher Belastungen durch wachsenden Verkehr und Zersiedlung; möglicherweise ist auch mit Bergehalden zu rechnen. Eingriffe in vordem geschützte Waldflächen (Die Haard) durch den Kohlebergbau (Nordwanderung bis Haltern) lassen dies befürchten. Ebenfalls sind hier die Entstehung neuer Poldergebiete und sonstige Senkungsprobleme wie in der Emscherzone nicht auszuschließen.

Das ‚altindustrielle‘ Zentrum, das zahlreiche Superlative dieses Ballungsraumes beherbergt, ist Duisburg bzw. die ‚Rheinschiene‘. Dieser Ort entwickelte sich zur größten Montanstadt aufgrund der beson-



deren Gunst des bedeutendsten Binnenschiffahrtswegs in Europa und des weltgrößten Binnenhafens (Duisburg-Ruhrort). Doch selbst diese wirtschaftsstrukturell stark einseitig ausgeprägte und vielfältig ökologisch belastete Stadt hat über die ökonomische Potenz ihrer Konzerne hinaus im kulturellen Bereich wie auf sportlichem Gebiet und ebenfalls auf wissenschaftlichem Feld manche Besonderheit anzubieten (Wilhelm-Lehmbruck-Museum, Studentensportplatz, Universität und sonstige Forschungseinrichtungen). Und sogar ausgedehnte Wald- und Seenflächen sind auf dem Stadtgebiet zu finden. Der Eindruck von dieser Region als ganze: Es gibt gegenüber dem Ruhrgebiet keine Landschaft in der Bundesrepublik, die kontrastreicher sein könnte.

Ruhrgebiet im Aufbau - historische Etappen

Sagenumwoben, wie der Bergbau im allgemeinen, ist die Entdeckung der „brennenden Steine“. Sie wird einem Hirtenjungen zugesprochen, der sich nach einer Nacht am wärmenden Lagerfeuer im Morgengrauen mächtig gewundert haben muß, daß an der Feuerstelle nicht nur die Glut des verbrannten Holzes noch vorhanden war, sondern daß die darunterliegenden schwarzen Steine selbst glühten. Kohleschichten gelangen auf den Höhen und in den Tälern der Ruhrberge an die Erdoberfläche, wovon er jedoch nichts wußte. Diese Geschichte soll sich schon hunderte Jahre vor der Industrialisierung zugetragen haben.

Wie auch immer der Wahrheitsgehalt dieser Überlieferung ist - Kohlebergbau an der Ruhr wird schon um die Wende zum dreizehnten Jahrhundert historisch belegt.

Auf einfachste Weise wurde zunächst in Gruben (Pingen) oberirdisch nach Kohle „gegraben“. Für Hausbrand- und Schmiedezwecke erlangte sie über die Jahrhunderte nur eine bescheidene Bedeutung.

Das Ruhrgebiet ist ein typisches Beispiel, wie wirtschaftliche Bedürfnisse und infrastrukturell-technische Bedingungen das Gesicht und die Entwicklung einer Region prägten und - über Jahrzehnte hinweg betrachtet - vielfach neu überformten. Wenig mehr als 150 Jahre Wandel, zum Teil Stagnation, aber auch sprunghafte Entwicklung mit exponentiellem Wirtschaftswachstum haben ihre nachhaltigen Spuren in den Städtebildern, den Wohnbedingungen und Arbeitsverhältnissen, der Bevölkerung und in der

Landschaft hinterlassen. Noch um 1800 konnte niemand ahnen, daß die Gegend zwischen Ruhr und Emscher einst zum größten Industrieviertel Europas heranwachsen sollte. Der Reisende erlebte eher eine verträumte Idylle einer von Wäldern und Landwirtschaft bestimmten Region. Die Ansiedlungen Gelsenkirchen (500 Einwohner), Bochum (2.100 Einwohner), Herne (750 Einwohner) waren eher Dörfer als Städte. Die Häuser waren häufig recht ärmlich, oft nur mit Stroh bedeckt. Die hygienischen Bedingungen und die Verkehrswege waren katastrophal. Einige historisch relativ bedeutsame Städte befanden sich auch schon in diesem Landstrich, wie Dortmund (Hanse-Stadt) und Essen (Abtei Werden/Beginn der Christianisierung der Region um 800). Hattingen an der Ruhr konnte sogar seinen mittelalterlichen Dorfkern (Kirchplatz) bis heute zu einem großen Teil bewahren.

Erst mit der ‚industriellen Revolution‘ entstand eine völlig neue regionale Wirtschaftsstruktur im Ruhrgebiet. Mit der Entwicklung der Methode, die an der Ruhr durch Franz Haniel geförderte Fettkohle zu verkoken (erstmalig 1838/39) und sie zur Erschmelzung von Eisen einzusetzen - was erstmalig 1849 auf der Friedrich-Wilhelm-Hütte zu Mülheim geschah - war die entscheidende technologische Grundlage geschaffen und der entscheidende Impuls für die nun entstehende Ruhrindustrie - den Montan-Komplex - gegeben. Neue Produktionsmethoden in der Kohleförderung ermöglichten den Untertageabbau (Tiefbau durch Einsatz von Dampfmaschinen; erster Tieferschacht 1837 in Borbeck/Essen durch Franz Haniel). Neue Verfahren der Eisengewinnung und Stahlerzeugung führten zur Steigerung der Produktivität, in mehreren Sprüngen jeweils um ein Vielfaches, so beispielsweise mit der Einführung des Puddel-Ofens 1827 in Mülheim; mit dem englischen Bessemer-Verfahren, von Krupp 1862 eingesetzt; schließlich mit der Entwicklung des Siemens-Martin-Verfahrens 1869 bei Krupp und 1879 mit der Aufstellung des Thomas-Konverterverfahrens im Hörder-Hüttenverein (Dortmund), womit die großtechnische Herstellung von Stahl guter Qualität auf Basis einheimischer und lothringischer Erze (mit nachteilig hohem Phosphorgehalt) gelang.

Die Entwicklung der Eisenbahnen revolutionierte die Verkehrs- und Absatzbedingungen für die nun expansiv zu erschließende Gesamtregion (Ende der Ruhrschiffahrt um 1889). Die beschleunigte Indu-



Das Ruhrgebiet

ustrialisierung im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts wiederum ließ den Stahlbedarf und somit auch den Kohlebedarf außerordentlich ansteigen.

Eine enge Verflechtung von Kohle-, Eisen- und Stahl- sowie Maschinen- und Stahlbauindustrie und weiteren Wirtschaftszweigen entstand. Später kamen angrenzende und ergänzende Industrien (wie Kohlechemie, Kohlekraftwerke) hinzu - kurzum: Es wuchs eine außerordentlich dominante Verbundwirtschaft heran, und eine noch heute sichtbare industrielle Infrastruktur prägte das Aussehen dieser Landschaft.

Heute leben etwas mehr als fünf Millionen Menschen im „Revier“; doch für 1820 weisen die Statistiken gerade mal 270.000 Einheimische aus, also etwa 5% der heutigen Einwohnerzahl. Die damals „großen“ Städte der Region zählten wenig mehr als 5.000 Bewohner (Mülheim, Duisburg, Hamm) in ihren Mauern oder erreichten diese Größe nicht einmal ganz (Essen, Dortmund). Alle anderen Städte beziehungsweise Gemeinden waren wesentlich kleiner. Bald setzte mit dem heranziehenden Industriezeitalter ein gewaltiges Bevölkerungswachstum ein. Die

Wachstumsrate des „Ruhrvolkes“ betrug 1870 gegenüber 1815 beträchtliche 485%, um sich dann bis 1925 abermals um mehr als das Vierfache zu vergrößern (ca. 4,3 Millionen Einwohner).

Die aufstrebende Ruhrindustrie war immer auf den Zustrom auswärtiger deutscher und später vor allem fremdsprachiger Arbeitskräfte angewiesen. Im Zuge der fortschreitenden Erschließung der Emscher-Zone nach Norden wurden seit den achtziger Jahren zunehmend mehr Menschen aus Ost- und Westpreußen, Schlesien und Posen angesiedelt, um den Arbeiterbedarf zu decken. Das Ruhrgebiet hat sie aufgenommen und in einem langen, nicht immer von sozialen Konflikten freien Prozeß, mehr oder weniger integriert (Westdeutsche - Ostdeutsche; evangelische Masuren - katholische Polen) - was keineswegs immer gleichbedeutend war mit deren Assimilierung. Ethnische Besonderheiten werden von ihnen teilweise noch bis zur Gegenwart gepflegt.

Den wechselvollen Werdegang des sich nun voll entfaltenden Industriezeitalters bekamen die Menschen im Zentrum des Geschehens besonders zu spü-

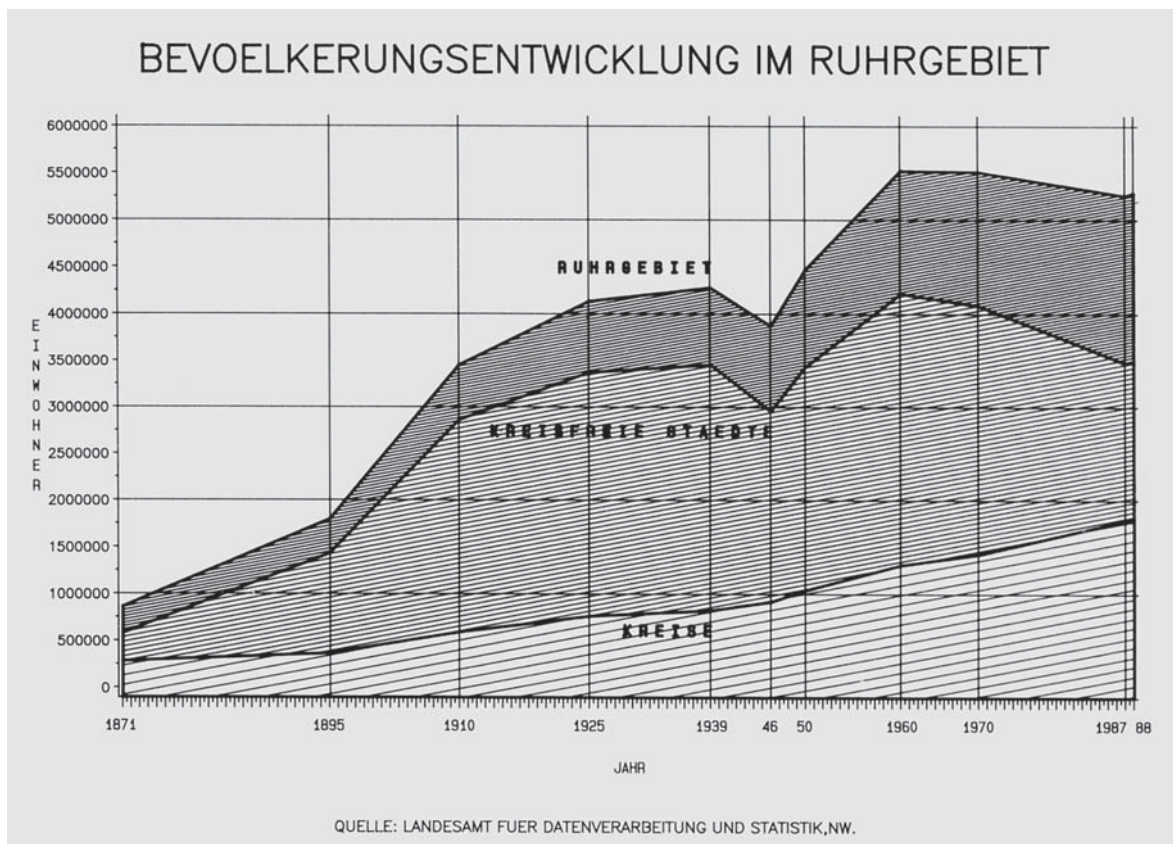


Abb. 4



ren: Die wirtschaftliche Expansion korrespondierte mit der Unfallhäufigkeit in Bergwerken und Fabriken. Die Ansiedlung und Bindung von Belegschaften, besonders in den Jahren um die Jahrhundertwende, wurden zu einem großen Problem.

In der Verbesserung der Lebensbedingungen waren die kämpferischen Bergarbeiter-Gewerkschaften teilweise erfolgreich. Die Arbeiterschaft mußte jedenfalls einen mühsamen Weg hinter sich bringen, bis die Idee von der Notwendigkeit einer Bergarbeitergewerkschaft zünden konnte. Das gelang 1889 nach einem abermaligen harten Streik der Bergleute zur Sicherung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen und den keineswegs verständnisvollen Antworten des Königs auf ihre an ihn gerichtete Petition. Und das, obwohl der Streik außerordentlich diszipliniert verlief. Gewisse Zugeständnisse konnten sie den Unternehmern in der Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse im Laufe der Jahrzehnte abtrotzen. Der große Streik der Bergarbeiter von 1905, der nach rund vier Wochen schließlich abgebrochen werden mußte, ging ebenfalls in die Geschichte ein. Er brachte immerhin eine Novellierung des preußischen Berg-

gesetzes, das nun obligatorische Arbeiterausschüsse auf Zechen mit mehr als hundert Beschäftigten zu installieren vorschrieb.

Ein erster „Tarifvertrag“ im Ruhrbergbau mit Festlegung eines Sieben-Stunden-Arbeitstages und nennenswerten Lohnerhöhungen kam allerdings erst unter der Sozialisierungsbewegung 1919 zustande.

Lange schon zum größten europäischen Montanrevier herangewachsen (und prädestiniert zur nationalen Rüstungsschmiede mit der Herstellung schwerer Feuerwaffen und anderem Kriegsgerät), wurde das rheinisch-westfälische Industrieviertel mit seiner Bevölkerung in ganz besonderem Ausmaß von den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krisen heimgesucht.

Es wurde auch zu einem der Zentren der Revolution, durch die Errichtung von Arbeiter- und Soldatenräte zum Ende des Ersten Weltkriegs. Weiter: Nach Ausrufung des Generalstreiks 1920 gegen den rechtsreaktionären „Kapp-Putsch“, mit dem die demokratisch gewählte Regierung zum Sturz gebracht werden sollte, formierte sich eine „Rote Ruhr Armee“ aus großen Teilen der Arbeiterschaft zur Verteidigung



Abb. 5

Das Ruhrgebiet

der Demokratie, die binnen weniger Tage alle im Ruhrgebiet stationierten Ordnungskräfte entwaffnete. Im Feuer der Wehrmachts- und vor allem der Freicorpsstruppen wurde der Aufstand später blutig niedergeschlagen. Trotz der Vollbeschäftigung schon 1920 verschlechterte die Inflation die Lebensbedingungen bedrohlich. Zudem griff Wohnungsnot um sich. Die Bevölkerung mußte zunehmende Strapazen und Entbehrungen ertragen, erst recht beim Zusammenbruch der Wirtschaft, als französische und belgische Soldaten 1923 das Revier besetzten, um die ausbleibenden Reparationsleistungen an die Alliierten des Ersten Weltkriegs zu erzwingen. Danach konnte die Konjunktur langsam wieder angeheizt werden, so daß es zu einer beachtlichen Aufschwungphase kam (1924-1928).

Für das Ende des Jahrzehnts darf allerdings ein weiteres Ereignis nicht vergessen werden: der sogenannte Ruhreisenstreit vom November 1928, der sich in der Aussperrung von 240.000 Arbeitern der Metallindustrie an der Ruhr entlud. Sie forderten Lohnausgleich - erfolglos - und schließlich nur noch die Anerkennung des staatlichen Schlichtungspruchs durch die Unternehmer, die diesen jedoch ablehnten, nicht zuletzt, um ein Exempel zu statuieren.

Und vor allem: Die konjunkturelle Hitze kühlte schlagartig ab, in einer nach Art und Umfang bisher unbekanntem Katastrophe: der Weltwirtschaftskrise ab 1929. Massenarbeitslosigkeit wurde zum brennenden Problem, das der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur Vorschub leistete.

Die erneut einsetzende Rüstungsproduktion - während des Krieges wesentlich in Gang gehalten durch Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen - konzentrierte sich abermals auf die Kapazitäten der Ruhrindustrie. Sie wurden im Zweiten Weltkrieg zum Ziel alliierter Bombenflugzeuge, die mit ihren verheerenden Feuerbomben große Flächen der Städte in Schutt und Asche legten.

Nach dem Kriegsende drohte mit den Demontagen den Menschen abermals der letzte Hoffnungsstrahl für einen Neuanfang genommen zu werden. Nicht zuletzt dem energischen Widerstand der Arbeiterschaft dagegen ist es zu verdanken - neben der sich wandelnden Politik der alliierten Staaten in Europa - daß letzten Endes zahlreiche Stahlwerke und andere Fabrikanlagen nicht weggeschafft wurden und daß die Feuer ihrer Schmelzöfen und Antriebsmaschinen wieder entfacht werden konnten.

Beginnender Wirtschaftsaufschwung, erweiterte Partizipation der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen, Montan-Union, Europäische Wirtschaftsvereinigung und anderes mehr am Anfang der fünfziger Jahre sowie intensiviertere Aktivitäten der Völkerverständigung vermochten den Lebensfunken der leidgeprüften Revier-Bevölkerung wieder anzufachen. Sie schafften es sogar, die großen Flüchtlingsströme, die nach dem Zweiten Weltkrieg ins Revier flossen (rund 1,2 Millionen Menschen), wirtschaftlich und sozial zu integrieren.

Zur jüngeren Entwicklung des Ruhrgebietes - vierzig Jahre Strukturwandel ohne Ende

Erneut waren in der Nachkriegszeit die traditionellen Wirtschaftsbereiche Kohle und Stahl die entscheidenden Motoren der Entwicklung. Sie wurden zum Wiederaufbau der gesamten Wirtschaft politisch stark finanziell gefördert (Investitionshilfegesetz 1952). Unter den Bedingungen unangefochtenen Wachstums blieben die Gefahren dieser stark ausgeprägten Einseitigkeit, der Monostruktur, bei gleichzeitig starker weltwirtschaftlicher Abhängigkeit und Anfälligkeit noch lange unerkannt. Doch der Ende der fünfziger Jahre einsetzende strukturelle Umbruch im Energiesektor, der in der Bundesrepublik Deutschland noch weitgehend dominiert wurde von der Steinkohle, zeigte ganz massiv die Schwächen auf. Preiswerte Energie, wie Öl und Erdgas, verdrängte die Kohle aus angestammten Markt Bereichen und führten seit Ende 1957 zur heute noch andauernden Bergbaukrise und zu Massenentlassungen im Revier. Innerhalb von wenig mehr als 10 Jahren gingen rund 300.000 Arbeitsplätze in diesem Industriezweig verloren, bis 1990 insgesamt etwa 400.000, um auf weniger als 70.000 Beschäftigte im Ruhrbergbau heute (1997) abzusinken (1957: 494.000 Bergleute insgesamt, in der Bundesrepublik 607.000).

Die Steinkohleförderung wurde in dieser Zeit auf weitaus weniger als die Hälfte (rund 51 Millionen Tonnen in 1996 bundesweit) reduziert und wird nur noch durch erhebliche staatliche Subventionen - wenngleich auf immer niedrigerem Niveau - am Leben gehalten. Der Bergbau wurde zwar außerordentlich modernisiert, so daß die Produktivität unter Tage um mehr als das Dreifache anstieg. Dadurch konnte



der Wettbewerbsnachteil gegenüber importierten Energieträgern jedoch nicht aufgewogen werden. Die deutsche Steinkohle wäre ohne die verschiedenen Formen von Subventionen dreimal so teuer wie Auslandskohle, inklusive Transportkosten bis zu den Seehäfen. Sie ist also zum Kostenpreis am Markt nicht absetzbar.

Die umstrittenen Subventionen zugunsten der heimischen Kohle - d.h. für unsere Elektrizitätsversorgung und den Einsatz heimischer Koks-kohle in der Eisen- und Stahlindustrie, die Kohle weitgehend zum Weltmarktpreis und unbeeinflusst von Marktengpässen einsetzen können - ist mit bislang über 10 Milliarden DM ein großer Brocken für die wirtschaftspolitischen Etats von Bund und Ländern. Und dennoch: Es ist für die betroffenen Menschen, insbesondere für die Bergleute selbst, unwürdig, seit Jahren miterleben zu müssen, wie die beschlossenen „Jahrhundertverträge“ der Kohlenrunden im Steinkohlenbergbau mehrfach vorzeitig aufgekündigt wurden. Das vormals sicher geglaubte Absatzvolumen von Kohle (50 Millionen Tonnen gesicherte Kohleförderung bis zum Jahr 2005 nach den Verhandlungsergebnissen von 1991) und die damit verknüpften Arbeitsplätze wurden mehrfach zur Disposition gestellt - ob dies nun im Rahmen der verfassungsrechtlich verfügten Beendigung des „Kohle-Pfennig“-Finanzierungssystems oder des sogenannten Artikelgesetzes geschah, mit dem die Verstromungshilfen für deutsche Kohle über die Jahre festgeschrieben wurden. Aber auch innerhalb solcher Rahmen war auf die Stilllegung von Bergwerken keineswegs verzichtet worden (Reduzierung um 5 auf 15 Schachtanlagen), was bedeutete, daß jährlich im Schnitt 5.000 Arbeitsplätze aufgegeben sowie zusätzliche Freischichten (Kurzarbeit) und Lohnverzichte verfügt wurden. Der Zusammenschluß von einzelnen Bergwerken zu „Verbundbergwerken“ ist dabei eine weitere Rationalisierungsmaßnahme, um Fixkosten zu reduzieren.

Nichtsdestoweniger unterbreitete die Bergbau-Gewerkschaft noch im Jahr 1996 der Bundesregierung und der Ruhrkohle AG ein drastisches Anpassungsangebot: Man bot an, die Förderung auf 35 Millionen Tonnen aus 12 Zechen bundesweit bis zum Jahre 2005 runterzufahren, mithin die Beschäftigung auf rd. 44.000 Bergleute zu senken, wozu dann nur noch ein Subventionsvolumen von 7 Milliarden DM jährlich nötig wäre. Um so verbitterter wurde das im Früh-

jahr 1997 von der Bundesregierung gemachte Finanzierungsangebot in Höhe von 3,8 Milliarden DM zur Kenntnis genommen - mit großer öffentlicher Empörung. Aktionen folgten. In das fast 100 km lange „Band der Solidarität“ quer durch das Ruhrgebiet reihten sich über 200.000 Menschen ein: Sie standen für einen zukunftsfähigen Bergbau und gesicherte Arbeit, für ein lebenswertes Revier.

Doch der Bundeskanzler entrüstete sich, nicht unter dem „Druck der Straße“ verhandeln zu wollen. Nach dramatischen Protestaktionen in Bonn kam schließlich ein für die Bergleute günstigeres Ergebnis zustande: Die Absatzhilfen von Bund und dem Land NRW werden sukzessive bis zum Jahre 2005 auf 5,5 Milliarden DM zurückgenommen, die Ruhrkohle AG übernimmt die Saarbergwerke und das Land Nordrhein-Westfalen erhöht seine Zahlungen an den Bergbau. Damit dürften ein bis zwei Zechen zusätzlich vor dem „Aus“ stehen, und die Beschäftigung wird noch weiter reduziert. Die Situation wird allerdings dadurch etwas entschärft, indem die zuvor suspendierte Anpassungsgeld-Regelung für auscheidende Bergleute nunmehr ihre Gültigkeit behält. Ohnehin haben sich die Bergleute seit langem mit Lohneinbußen und Arbeitszeitverkürzungen („Freischichten“) abgefunden. Weitaus gravierender werden die regionalen Arbeitsplatzverluste infolge der Stilllegungs- und Konzentrationsmaßnahmen sein, wenn in den nächsten fünf Jahren bundesweit 24.000 weniger Kumpel in den verbleibenden Bergwerken anfahren werden (November 1997 noch 76.000); eine Belegschaftsgröße, die dann nach 2002 bis zum Jahr 2005 nochmals abgesenkt - auf 36.000 Bergleute - werden soll. Die Förderung wird schließlich um 16 Mill. Tonnen Kohle eingeschränkt worden sein. Am härtesten wird abermals das Ruhrgebiet betroffen sein, weil hier in der ersten Anpassungsphase 16.000 Arbeitsplätze verloren gehen (gegenüber 6.500 im Saarland). Hier werden zudem auch vier Gruben zusammengelegt und zwei (plus eine Zeche im Saarland) geschlossen.

Ökologische Hoffnungen und „grüne“ Illusionen sind angesichts realer Entwicklungen allerdings wie Seifenblasen zerplatzt, war doch geglaubt worden, durch eine Reduktion der heimischen Kohleförderung zu weniger Steinkohlen-Einsatz in der Elektrizitätswirtschaft gelangen zu können. Es war absehbar, daß dagegen kostengünstige Importkohle und billigerer Importstrom (u.a. aus subventionier-



Das Ruhrgebiet

ten Atomkraftwerken in der EU) die geschrumpften Mengen heimischer Energieträger kompensieren würden.

Bis in die siebziger Jahre konnte der dramatische Arbeitsplatzabbau im Montanbereich durch das starke gesamtwirtschaftliche Wachstum (vor allem in den sechziger Jahren), die Ausweitung des Dienstleistungssektors und in geringerem Maße durch Ansiedlung von Wachstumsindustrien (z.B Opel in Bochum und Siemens in Witten) in beachtlichem Umfang, wenngleich nicht vollständig, ausgeglichen werden. Ebenfalls wirkte sich die allgemeine Verlängerung der Schul- und Ausbildungszeiten entlastend auf den Arbeitsmarkt aus.

Erst die Probleme der Stahlindustrie, die Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre durch den Druck internationaler Konkurrenz und Überkapazitäten in Absatzschwierigkeiten geriet, machten die Tiefe und Unausweichlichkeit des regionalstrukturellen Umbruchs deutlicher (Stahlerzeugung BRD 1974: 53 Mill. Tonnen; 1975: ca. 40. Mill. Tonnen). Diese Branche hatte mittlerweile überdimensionale Kapazitäten aufgebaut, deren Auslastung bis zum Anfang dieses Jahrzehnts immer weiter schrumpfte. Wenngleich das gesamtwirtschaftliche Wachstum - obwohl in relativ geringen Raten - fortschritt, brachte der zugleich sich vollziehende Strukturwandel der stahlerzeugenden Branche seit dem heftigen Kriseneinbruch im Jahre 1975 keine Chancen zur vollständigen Erholung auf vorherigem Niveau.

Die Stahlunternehmen versuchten angesichts dieser Lage, ihre Kosten durch technologische Anpassung, Modernisierung und Rationalisierung zu senken. Dazu gehörte auch der Abbau von Arbeitsplätzen in beträchtlichem Umfang (um ca. 50% auf rund 80.000 Beschäftigte Ende 1988 im Ruhrgebiet).

In der Krisenphase Mitte der 80er Jahre waren bei der Ankündigung der Stilllegung der Henrichshütte in Hattingen (Ende 1987) erstmals Massentlassungen in Erwägung gezogen worden. Vordem war es keine Frage, den Arbeitsplatzabbau im wesentlichen durch Sozialpläne „sozial abzufedern“ - was schließlich auch in Hattingen erkämpft werden konnte. Nach erfolgter drastischer Kapazitätsanpassung in der deutschen Stahlindustrie in den 80er Jahren und bei verstärkten Investitionen der Gesamtwirtschaft (sowohl zur Erneuerung als auch Erweiterung von einzelnen Anlagen) sowie steigendem Export steuerte die Stahl-

industrie alsbald einem neuen Höhepunkt, wenngleich auf niedrigerem Niveau als 1974, bei weitgehender Kapazitätsauslastung entgegen.

Eine schnelle Schließung blieb den Krupp'schen Hüttenwerken in Duisburg-Rheinhausen - nur ein Jahr später nach den Ereignissen in Hattingen angekündigt, ebenfalls kurz vor Weihnachten - also zunächst noch erspart. Eine gute allgemeine konjunkturelle Lage strahlte spätestens ab 1988 zunehmend auch auf die Grundstoffe und Produktionsgüter produzierenden Industrien ab. Die Rheinhausener Hütten bekamen denn auch noch eine Überlebensfrist von einigen Jahren (Schließung 1993). Der relativ gute Standort am Rhein war letztlich jedoch kein hinreichender Grund für eine langfristige Sicherung der Produktion an dieser Stelle. Die Konzernstrategien des „Trend-Setters“ Krupp-Stahl mit seinem Vorstandsvorsitzenden Gerhard Cromme wiesen augenscheinlich längst über den Aktionsrahmen des eigenen Unternehmens hinaus. Sie peilten unterdessen eine vollständige sektorale Neuordnung der Eisen schaffenden sowie Flachstahl- und Profilstahl fertigenden Industrien in der Region und darüber hinaus in Deutschland an.

Der Zusammenschluß mit dem Mannesmann-Hüttenwerk (auf dem gegenüberliegenden Ufer von Rheinhausen), schon z.Zt. der Auseinandersetzungen um die Stilllegung der Krupp-Hütte beschlossen, war der erste Schritt einer strategisch angelegten Anpassungsaktion zur strukturellen Stärkung der deutschen Stahlindustrie insgesamt. Weitere folgten später durch die „feindliche“ Übernahme von Hoesch-Stahl (Dortmund) durch Krupp. In David'scher Kühnheit versuchte der Krupp-Vorstandsvorsitzende, im Frühjahr 1997 - der sich übrigens der Unterstützung durch die Banken sicher sein konnte - das gleiche gegenüber dem Branchen-Primus Thyssen-Stahl. Doch die öffentliche Empörung über das rigorose Vorgehen der Akteure und Aktionen der betroffenen Stahlarbeiter und sicherlich auch so etwas wie eine „höhere politische Vernunft“ führten schließlich dazu, daß fortan der Verhandlungsweg zwischen Krupp und Thyssen eingeschlagen wurde mit dem Ziel, zu Fusionen im großen Stil im Eisen- und Flachstahl-Bereich zu gelangen. Damit erfüllt sich die eigentlich schon seit Anfang der 70-iger Jahre bekannte Vision von einem einzigen großen integrierten Gemeinschaftshüttenwerk im Raum Duisburg weitgehend. Eine solche Entwicklung der vollständigen



Konzentration der Stahlindustrie (der „ersten Hitze“) im Bereich der Ruhrmündung ist schon seit Jahrzehnten recht klar vorstellbar, gestützt auf Überlegungen, die der renommierte „Hüttenfachmann“ Professor Schenk von der Technischen Hochschule Aachen (und Vorsitzender der Eisenhüttenleute, Düsseldorf) in einer Abhandlung anstellte. Und in der ersten Hälfte der 80er Jahre wurde über nationale Lösungen nicht nur bloß nachgedacht, sondern sie wurden von den sog. „Stahlweisen“ und Banken aktiv angestrebt. Damals sollte der erste Schritt auf diesem Wege übrigens die Fusion von Krupp und Hoesch sein.

Im Sommer 1997 wurde der Zusammenschluß zum größten Stahlkonzern in Europa - nunmehr unter Führung von Thyssen - mit einer Produktionsleistung von 15 Millionen Tonnen Stahl und vorerst noch 24.400 Beschäftigten sowie 11 Mrd. DM Umsatz endlich Wirklichkeit (WAZ 4.9.1997). In den nächsten fünf Jahren sollen mindestens 6.300 Stellen entfallen, hauptsächlich zu Lasten von Dortmund. Schon wird in beiden Konzernen eifrig über die Zusammenlegung weiterer Konzernteile in der Weiterverarbeitung nachgedacht. Aus beiden Traditionsfirmen entstünde durch die Superfusion ein Weltkonzern mit 62 Mrd. DM Umsatz und 190.000 Beschäftigten weltweit (WAZ 11.8.1997). Und der Abbau von Arbeitsplätzen wird kontinuierlich fortschreiten, mit immer unsicherer werdenden Perspektiven für die abhängig beschäftigten Menschen, ohne Sozialplanaussichten in anderen Wirtschaftszweigen und Unternehmen sowie mit nachhaltigen Folgen für die betroffenen Städte.

Versuchen wir eine Einschätzung der Entwicklungen im Eisen- und Stahlbereich der Rhein-Ruhr-Region. Besonders die beiden großen Ereignisse um die Thyssen-Henrichs-Hütte in Hattingen und die Krupp-Hüttenwerke in Rheinhausen stellen markante Höhepunkte in einer Konsolidierungsphase durch Kapazitätsschrumpfung und -konzentration der gesamten bundesdeutschen Stahlindustrie dar. Sie machen abermals den relativen Bedeutungsverlust dieser sogenannten Schwerindustrie als ehemalige Basisindustrie und allgemeine wirtschaftliche Wachstumsgrundlage evident. Mitnichten soll damit der Bedeutungslosigkeit dieses Wirtschaftszweiges das Wort geredet werden, befindet er sich doch auf einem hohen technologischen Niveau mit hoher Produktivität. Dies sind nach wie vor wesentliche, günstige Voraussetzungen für viele stahlverarbeitende In-

dustriezweige mit großer volkswirtschaftlicher Bedeutung in Deutschland. Es ist bislang nicht ernsthaft absehbar, daß Stahl in der Welt zu einem bedeutungslosen Werkstoff werden könnte.

Es sind zudem weniger die Standortfaktoren im Revier, die die Stahlindustrie in den letzten 1 1/2 Jahrzehnten im Vergleich zur absoluten Konjunkturspitze im Jahre 1974 schrumpfen ließen. Die Gründe sind vielmehr in einer Vielzahl von Faktoren und Bewegungen zu sehen, wie in

- den verringerten Exportchancen für Stahl-Massengüter infolge verschärfter Weltmarktkonkurrenz durch junge Stahlkonzerne, beispielsweise aus den sogenannten Schwellenländern, und umgekehrt durch verstärkten Importdruck aus Osteuropa in den letzten Jahren;

- dem Rückgang des stahlspezifischen Verbrauchs in der Weiterverarbeitung infolge technologischen Fortschritts und die teilweise Substitution von Stahl durch andere Werkstoffe (z.B. im Automobilbau);

- der Schrumpfung stahlintensiver Sektoren (Verkehr, Schiffsbau) und nicht zuletzt

- der relativen Sättigung des öffentlichen Infrastrukturbedarfs u.a.m.

Diese Gründe bescheren der hiesigen Stahlindustrie nach den bisherigen Prognosen eher noch leichte Produktionsrückgänge, denn absehbare Wachstumsraten im langfristigen Durchschnitt.

In ökonomischer Sicht ist eine langfristig expansive Kapitalverwertung als Investitionsmotiv in diesem Sektor nicht gegeben. Dennoch bleiben die Investitionen je Beschäftigten hier vergleichsweise sogar sehr hoch. Doch die Zielperspektive der Investitionstätigkeit ist es vor allem, die Produktionskosten drastisch zu senken, unter Einschluß von Kapazitätsschnitten. Das Ziel wird seit geraumer Zeit verfolgt, die wirtschaftlichen Aktivitäten auf einem halbwegs gesicherten Sockel zu konsolidieren. Sogenannte Anpassungsmaßnahmen mittels Kapazitätsabbau bzw. Optimierung der Produktionsanlagen und technologischer Modernisierung sowie Standortkonzentration, begleitet von Firmenzusammenschlüssen wie Betriebsstillegungen und Arbeitsplatzabbau, dienen diesem Zweck. Mit diesen kräftigen Rationalisierungsschritten unterschiedlicher Art strebt ebenfalls die Eisen- und Stahlindustrie dem aktuellen Leitmotiv eines hohen shareholder-values von 15% durchschnittlicher Rendite des Kapitals entgegen.



Das Ruhrgebiet

Sektorale Krisenphasen und Strukturwandel prägen die Verfassung und das Bild des Ruhrgebietes bis in die Gegenwart. Sie tangieren auch heute noch die regionale Gesamtwirtschaft erheblich. Die vielfältigen Verflechtungen mit anderen industriellen Wirtschaftszweigen sowie dem Handel, Transport und anderen Dienstleistungsbereichen machen noch heute einen Teil des Problems des regionalen Strukturwandels und der Arbeitsmärkte aus. Der sogenannte „Beschäftigungsmultiplikator“ des Montankomplexes, der mit ca. 1,5 Punkte veranschlagt werden kann, hat seine Wirkung noch nicht verloren, was besagt, daß ein Arbeitsplatzverlust im Montanbereich von 10 Stellen weitere 15 in der sogenannten „Mantelwirtschaft“ (von der Zuliefererindustrie, dem Handwerk, den produktionsorientierten Dienstleistungen, dem Handel bis hin zur Trinkhalle am Werkstor) nach sich zieht. Und nicht zu Unrecht wurde in der Öffentlichkeit beklagt, daß die betroffenen Menschen auf den Arbeitsplätzen der nicht-montanindustriellen Betrieben in der Regel nicht von Sozialplänen aufgefangen wurden.

Strukturwandel und regionale Krise

Die zwischenzeitlich leicht boomartige Entwicklung nach dem Stilllegungstrouble konnte zu keiner Zeit vergessen machen, daß die Kommunen in starke finanzielle Engpässe gerieten, und vielerorts die Ausgaben auch im Bereich sozialer und kultureller Dienstleistungen gekürzt worden sind - ein Trend, der bis heute andauert.

Der ständige strukturelle Abbau von Arbeitsplätzen führt seit langem zu überdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen und vor allem zu umfangreicherer, langfristiger Dauerarbeitslosigkeit. Sie lag bei knapp 12% - 14% im Juni 1990, im gesamten Gebiet durchschnittlich knapp bei 12%, im Juli 1997 schließlich bei 14,9 Prozent. Darin gehen die noch extremen Arbeitslosenquoten beispielsweise von Dortmund (17,5% Juli 1997), Gelsenkirchen (20%), Duisburg (18,5%) ein. Die weiter langanhaltende Arbeitslosigkeit insbesondere in der Kernzone der Region zeigt an, wieviel menschliche Energie auch volkswirtschaftlich vergeudet wird. Was allerdings noch weit aus schlimmer ist: Die Lebensenergie der betroffenen Personen wird gedämpft; bei vielen, die nicht einmal mehr den Weg in die zahlreich entstandenen, oft kirchlich unterstützten Arbeitslosenzentren finden, sind die Hoffnungsfunken schon längst erlo-

schen. Das sind die nicht zu leugnenden Schattenseiten einer wesentlich wirtschaftshistorisch bedingten Umbruchsituation, die zwar generell hoffnungsspendend sein kann, jedoch keineswegs allen Menschen an Rhein und Ruhr eine strahlende Zukunft verheißt. Die Zukunft der Region wird mehr denn je von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bestimmt werden.

So haben die allgemeinen konjunkturellen Aufschwünge Ende der 70-iger und 80-iger Jahre ebenfalls die regionale Gesamtbeschäftigung erhöht; allerdings weniger umfangreich als im Bundesdurchschnitt. Doch die damaligen Beschäftigungsgewinne sind, wie im gesamten Deutschland, mittlerweile wieder verlorengegangen. Gleichwohl hat sich die Beschäftigtenstruktur qualitativ verändert. Der hier realisierte Strukturwandel der Beschäftigung ist beinahe als frappierend zu bezeichnen, erst recht im Vergleich mit dem alten Bundesgebiet. Machte der gesamte Wirtschaftsbereich des „produzierenden Gewerbes“ im Jahre 1970 hier noch über 58% an der Gesamtbeschäftigung aus, waren es 1994 nur noch knapp 41% (im Vergleich dazu das westliche Bundesgebiet insgesamt: gut 49% gegenüber 38%). Die Anteile von Handel und Verkehr stiegen in diesem Zeitraum hier wie im Bundesgebiet leicht an (Ruhrgebiet: 18,7% auf 19,4% / Bundesgebiet West: 17,6% auf 18,1%). Kräftig aufgeholt hat die altindustrielle Region in den „sonstigen Wirtschaftsbereichen“ mit über 38% an der Gesamtbeschäftigung (38,4% in 1994 gegenüber 21,4% in 1970 / Bundesgebiet: 40,7% zu 23,9%), während sich an Rhein und Ruhr in der Land- und Fortwirtschaft mit Bezug auf die Beschäftigtenanteile nicht viel veränderte (1,5% zu 1,4% von 1970 nach 1994), ganz im Gegensatz zum Bundesgebiet (9,1% zu 3,2%). Um einem undifferenzierten negativen Urteil zum Standort des Ruhrgebietes zu widersprechen: Wir können den überdurchschnittlichen Anteil des produzierenden Gewerbes im Rhein-Ruhr-Gebiet wesentlich mit den immer noch günstigen Standortbedingungen dieser Region für relevante Teile des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes begründen. Ihr relativ höherer Anteil kann nicht schlechthin als Makel einer modernen Wirtschaft interpretiert werden, denn die spezifischen Produktions- und Absatzrückgänge sind vielschichtiger, vor allem weltwirtschaftlich begründeter Natur. Leistungsstark sind die klassischen Industrien dieses Montanreviers allemal, erst



recht nach den historischen Fusionen der alteingesessenen Firmen Thyssen und Krupp.

Perspektiven einer Ruhrgebietspolitik

Die traditionelle Dominanz von Bergbau und Stahlindustrie hatte eine ausgeprägt monostrukturierte Wirtschaft hervorgebracht, die in Zeiten schnellen Strukturwandels natürlich ihre extreme Anfälligkeit zeigt. Für die Zählebigkeit der mehr als ein Jahrhundert vorherrschenden industriellen Monostruktur gibt es mancherlei Erklärung. Sicherlich haben eigennützige, kurzsichtige Fehlleistungen der einflußreichen Konzerne und die regionale (lokale) Politik dazu beigetragen, daß ein frühzeitiger Ausbau einer breiteren Industriepalette vernachlässigt wurde. Strukturpolitisch hinderlich waren verschiedentlich auch die Besitzverhältnisse an Grund und Boden. Die Montanindustrien blockierten durch ihren erheblichen Grundbesitz im Revier lange Zeit die Ansiedlung anderer Unternehmen. Zum Beispiel berichten verantwortliche Zeitzeugen, wie der damalige Wirtschaftsdezernent der Stadt Bochum, daß die größte Neuan siedlung im Revier - Opel Bochum - erst durch langwierige „Geheimverhandlungen“ glücken konnte.

Die politischen Schwierigkeiten mit dem Strukturwandel lassen sich jedoch nicht mit Hinweis auf regionale Machtverfälschungen, kommunale Eifersüchteleien zwischen den Revierstädten, Subventionsmentalität der Montankonzerne oder dergleichen weder allein noch primär hinreichend erklären. Vielmehr muß schlicht das Faktum berücksichtigt werden, daß Bergbau und Stahlerzeugung in mehr als einem Jahrhundert gewachsene, gigantische Industriezweige sind, die als sogenannte Schwerindustrie lange Zeit die Basis für die Gesamtwirtschaft darstellten. Grundlegende strukturelle Anpassungen können sich ebensowenig in nur wenigen Jahren vollziehen. Und im Rahmen einer Wettbewerbswirtschaft hofft außerdem jeder Konzern, die Anpassungslasten hauptsächlich den konkurrierenden Unternehmen abtreten zu können. So erklären sich auch die harten Auseinandersetzungen um Subventionen in der EG, die Stahlkonzerne anderer Länder übervorteilen (v.a. aus regionalpolitischen Gründen).

Überkommene Machtstrukturen können neue Entwicklungen allerdings illegitimerweise verzögern. Legitim sind jedoch unseres Erachtens strukturpolitische Verzögerungen, wenn eine sozial-

verantwortliche Anpassung an ökonomische Wandlungsprozesse anders als durch Streckung der Maßnahmen nicht möglich erscheint. Eine ganze Reihe von Ruhrgebietsprogrammen wurde von den jeweiligen Landesregierungen, mit Unterstützung des Bundes und teilweise der EG/EU, aufgelegt, wie

- das Entwicklungsprogramm Ruhr von 1968,
- das Nordrhein-Westfalen-Programm von 1975,
- das Aktionsprogramm Ruhr ab 1980,
- die Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM) bzw. die Zukunftsinitiative Nordrhein-Westfalen (ZIN) als Nachfolgeprogramm für das ganze Land (1987 und 1988),
- die regionalisierten Entwicklungskonzepte (als eine dritte Phase der regionalisierten Strukturpolitik),
- die Ergebnisse der Ruhrgebietskonferenz beim Bundeskanzler infolge der Kämpfe um die Stilllegung der Krupp-Hüttenwerke in Rheinhausen im Jahre 1988 und schließlich
- das Rahmenprogramm für die Kohleregionen als Ergebnis der Kohlerunde 1991 sind zu nennen; und nicht zuletzt ist

- das regionale Umgestaltungsprogramm IBA-Emscher-Park mit einer 10-jährigen Laufzeit von Bedeutung, das bis zum Ende dieses Jahrtausends wesentliche Impulse zur Umgestaltung vor allem des nördlichen Industriereviere geben will: durch Rekultivierung von industriellen Brachflächen, Sanierung von Wohn- und Gewerbegebieten, eine ökologische Renaturierung der Flußlandschaften im Bereich der Emscher, durch eine kulturelle und wirtschaftliche Nutzung von denkmalgeschützten Industriegebäuden und -arealen sowie durch ökologisch-orientierte Wohnbebauung u.v.m..

Die konzeptionellen Ansätze der ZIM/ZIN-Programme haben sich als entwicklungsfähig und zukunftsfähig erwiesen. Zum einen legt die Regierung besonderen Wert auf die Feststellung, daß in diesen Konzepten neben den ökonomischen auch die sozialen, kulturellen, ökologischen, arbeitsmarktpolitischen und gleichstellungspolitischen Interessen der Region angemessen repräsentiert werden sollen. Mit den Finanzmitteln wurden Projekte gefördert zur Weiterbildung und Qualifizierung, zur Wirtschaftsförderung und Technologieentwicklung, zum Ausbau von Verkehrseinrichtungen sowie Vorhaben in den Bereichen Umwelt, Wohnen, Städtebau, Freizeit und Kultur. Zur Konzeption dieser neuen Politik- kultur: Es geht vom organisatorischen Ansatz her



Das Ruhrgebiet

darum, die sogenannten gesellschaftlichen Kräfte in der Region zu mobilisieren, sie an der Konkretisierung der Politik verstärkt und systematisch zu beteiligen und generell ihren Sachverstand und ihr Engagement für die Entwicklung der Region nutzbar zu machen.

Vom konzeptionellen Ansatz aus betrachtet, kann also solchen innovativen strukturpolitischen Programmen und Handlungsformen durchaus eine ethische Höherwertigkeit bescheinigt werden, bieten sie doch theoretisch eine beträchtliche Erweiterung der unmittelbaren Partizipationschancen verantwortlicher Personen und Institutionen am politischen Gestaltungsprozeß. Anspruch und Wirklichkeit, formale Möglichkeiten und reale Praxis stehen sich jedoch häufig spannungsreich gegenüber, wobei sich vor allem die gewerkschaftlichen Vertretungen hinreichend integriert fühlen. Letzlich geht es jedoch darum, neue Arbeitsplätze in ausreichender Zahl aufzubauen und den Arbeitnehmern adäquate Voraussetzungen für Umqualifizierung und Weiterbildung zu bieten.

Trotz der besagten Defizite sind die Ausgangsbedingungen des neuen Ruhrgebietes nicht negativ zu beurteilen, wengleich konjunkurelle Rückschläge hier immer noch härter ausfallen und strukturelle Altlasten nach wie vor rezessiv verstärkend wirken. Das Revier verfügt grundsätzlich über eine gut ausgebauten Infrastruktur, ein dichtes Verkehrsnetz, beruflich qualifizierte Menschen und einen enormen Absatzmarkt. Eine breitgefächerte Bildungs-, Forschungs- und Hochschullandschaft ist entstanden, wenn man an die Universitäten und Gesamthochschulen in Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund und an die zahlreichen Fachhochschulen sowie sonstige Forschungseinrichtungen denkt - das sind alles Standortfaktoren, die von erheblicher wirtschaftlicher Relevanz sind. Zudem haben sich in der Nähe der Universitäten im Ruhrgebiet Technologiezentren angesiedelt, deren Renommée teilweise sogar weit nach Süddeutschland und ins Ausland strahlt. Besonders sind hier das Technologiezentrum und der Technologiepark an der Universität Dortmund zu nennen sowie ähnliche Einrichtungen in Bochum, Essen, Duisburg und anderswo. Es hat schon Substanz, wenn deutsche Führungskräfte bei einer Standortentscheidung neben München und Stuttgart dem Ruhrgebiet an dritter Stelle den Vorzug geben wollen, - noch vor Hamburg, Berlin und Frankfurt und

mit nur einem Prozentpunkt Abstand nach München und Stuttgart - so eine Umfrage des Allensbach-Instituts im Auftrag der Wirtschaftszeitschrift ‚Capital‘ Mitte 1997 (WAZ 23.8.1997).

Auch die kulturellen, sportlichen und sonstigen Freizeitangebote brauchen heute keinen regionalen Vergleich mehr zu scheuen, was Qualität und Vielfalt der klassischen wie der freien Theater- und Musikszene, die Darbietungen des „Broadway an der Ruhr“ und die zahlreichen, teils neu erschlossenen Erholungslandschaften (jüngst im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscherpark) längst eindrucksvoll belegen. Häufig werden dafür sanierte und architektonisch neu zugeschnittene bauliche Zeugen der industriellen Vergangenheit intensiv genutzt, ob dies nun das 1985 stillgelegte Hüttenwerk in Duisburg-Meiderich oder der ehemalige „Dom des Ruhrbergbaus“, die Zeche ‚Zollverein‘ im Essener Norden ist. Wie viele andere Beispiele werden sie für international präsenste Musik-, Theater- und Film-Produktionen intensiv genutzt, neben ihrer Funktion als Landschaftspark und industriearchitektonische Superlative nicht nur der Vergangenheit.

„Neue politische Ökonomie Ruhrgebiet“?

Unterdessen hat sich also eine ganz neue ökonomische wie kulturelle Szenerie - an Ruhr, Emscher, Lippe und Rhein vor allem in den Ruhrzentren - entwickelt, die nicht ohne Stolz von Politikern und Promotoren der kommerziellen Kulturwelt als „Broadway an der Ruhr“ etikettiert wird. Tatsächlich strömen seit einigen Jahren schon Millionen Menschen aus ganz Deutschland und auch aus anderen Ländern in die Zentren der Hellwegzone, um sich die modernen Musicals wie „Starlight-Express“, „Joseph“ (übrigens veranstaltet in einer denkmalgeschützten Industriehalle mit modernster Bühnentechnik), „Les Misérables“ - ob in Bochum, Essen oder Duisburg - anzuhören und anzusehen. Andere Dienstleistungsbereiche, wie beispielsweise das Hotel- und Gaststättengewerbe, profitieren ebenfalls von dem neuen Genre der Wirtschafts- und Kulturförderung. Immerhin haben sich die betreffenden Kommunen mit beachtlichen investiven Vorleistungen an der Realisierung dieser modernisierten Kulturlandschaft beteiligt. Manifeste Krisenerscheinungen der Musical-Wirtschaft, wie in anderen europäischen Metropolen (z.B. London), sind hier bislang noch nicht offen



zutage getreten - abgesehen von einigen Anfangsschwierigkeiten.

Zum ändern haben sich, ebenfalls mit großer Unterstützung des Landes NRW, aus altindustriellen Standorten weit beachtete Kunst-, Musik-, Kommunikations- und andere Kulturzentren mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten und Leistungsangeboten entwickelt. Sie sind oftmals im Rahmen der internationalen Bauausstellung Emscher-Park (IBA) entstanden, wie beispielsweise der Landschaftspark Duisburg-Nord auf dem Gelände und in den Gebäuden des ehemaligen Meidericher Hüttenwerkes oder im einst europagrößten Gasometer in Oberhausen oder in der ehemaligen ‚Zeche Zollverein‘ in Essen, („Kölner Dom des Bergbaus“ bzw. „Kathedrale des Bergbaus“) genannt. Dort in Essen haben sich u.a. auch das Design-Zentrum NRW (mit internationaler Design-Ausstellung) sowie die Folkwang-Hochschule mit ihrem Institut für Mediengestaltung, Film und Theater eingerichtet. Hier finden längst renommierte (internationale) Tagungen sowie Theaterveranstaltungen und Kunstausstellungen statt - durchaus von professionellen Veranstaltern gemanagt, die den exklusiven architektonischen Rahmen und das unterdessen gewachsene unverwechselbare Ambiente klassischer wie herausragender Industriearchitektur als eine besondere Attraktivität zu schätzen wissen.

In der neuen politischen Ökonomie des Ruhrgebietes werden zuvor ausgediente, wieder adrett hergerichtete Gebäude und Anlagen und vormals industriell genutzte Areale keineswegs nur als Kulissen genutzt. So manche Gebäudeensembles bilden den attraktiven Kern von innovativen Technologiezentren, ergänzt durch neue moderne Gebäudeteile mit funktionsbetonter Architektur, wie beispielsweise das Technologiezentrum Umweltschutz in lichter Bauweise im Ensemble mit dem historischen Werksgasthaus eines Stahlunternehmens in Oberhausen. Oder das Technologie-Zentrum ECO-Textil auf dem Gelände der stillgelegten Zeche Holland in Wattenscheid, wo ökologisch anspruchsvolle Verfahren für die Herstellung, Verarbeitung und Entsorgung von Textilien entwickelt werden sollen. Dort wie anderswo werden Teile des Geländes außerdem für ökologisch-orientiertes Bauen in offener Grün- und Seenlandschaft (Regenwasserseen) verwendet. Ein besonderes Renommée hat mittlerweile der Wissenschaftspark Rheinelbe in Gelsenkirchen als

Teil des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen mit dem hier ansässigen Institut Arbeit und Technik erlangt. Es ist errichtet worden auf dem Gelände eines ehemaligen Gußstahlwerkes (Schalker Verein), in unmittelbarer Nachbarschaft zu dem nun als Arbeitsgericht umgenutzten Verwaltungsgebäude (mit herausgeputzter Jugendstil-Innenarchitektur), nur wenige Schritte entfernt von den Zechegebäuden der ehemaligen Schachtanlage „Rheinelbe“, in denen die Gesellschaft IBA-Emscherpark ihren Hauptsitz eingerichtet hat.

Das Gebäude des Wissenschaftsparks selbst ist - mit seiner 300 Meter langen Glasarkade für die produktive Nutzung der einstrahlenden Sonnenenergie, einem davor angelegten, von Regenwasser gespeisten See in einem kleinen öffentlichen Park und der bislang größten Photovoltaik-Anlage zur Energieerzeugung auf einem Hause - zu einem Leuchtzeichen der technologie-, ökologie- und wissenschaftsorientierten Modernisierungspolitik der Landesregierung geworden.

Tatsächlich wäre ohne eine solche offensive und kreative Politik in der Region, mit entscheidender Beteiligung von Kommunen, Verbänden und zahlreichen anderen gesellschaftlichen Kräften und Personen und ohne die Aufbringung umfangreicher finanzieller Mittel, dieser ansehnliche Prozeß des regionalen Wandels bzw. Umbruchs gar nicht denkbar. Dies gilt insbesondere auch für die im nördlichen Ruhrgebiet konzipierten und teilweise realisierten Projekte von Technologiezentren. Andere sind

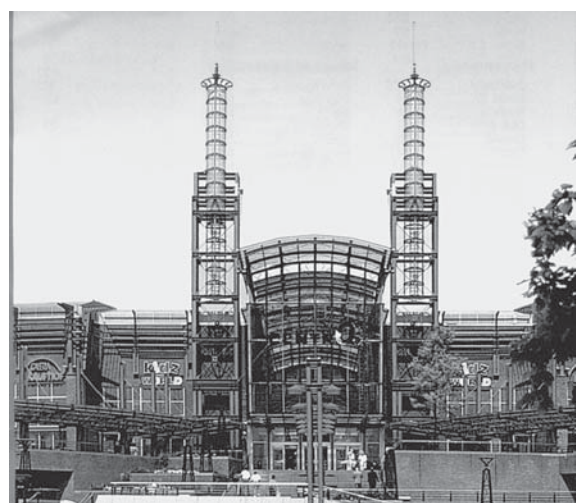


Abb. 6: CentrO Oberhausen

Das Ruhrgebiet

als Innovations- und Gründerzentren (wie z.B. die Zeche „Arenberg Fortsetzung“ in Bottrop) konzipiert. Diese Technologiezentren werden als „Bausteine des strukturellen Wandels“ begriffen. Sie sollen nicht nur für die Entwicklung des Emscher-Raumes nachhaltige Impulse geben. All diese Projekte können m.E. als ein offensives Heraustreten aus alten Klischees der gesamten Region begriffen werden, manchmal auch als eine politische Flucht nach vorn zu Neuem, Modernem, im Anblick des unaufhaltsam wegbrechenden Alten ob in Bereichen von Stahl und Eisen oder Kohle und angesichts ohnehin auch anderer Wirtschaftszweige und überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit in der Region.

Und weitere Projekte der ökologischen Moderne werden in diesem nach wie vor bedeutsamen Energiezentrum zielstrebig in Angriff genommen. Neue Superlative zu schaffen, ist dabei öfters das Ziel: Auf dem Gelände der ehemaligen Kokerei Zollverein in Essen ist Europas größtes Solarkraftwerk (3 Megawatt; Kohlekraftwerke produzieren mehrere hundert Megawatt) geplant, integriert in einen „Nationalpark neuen Typs“ (WAZ 28.8.97) unter dem Arbeitstitel „Sonne, Mond und Sterne“. Eine Ausstellung soll in diesem „Nationalpark der Industriekultur“ die 4.000-jährige Geschichte der Energie versinnbildlichen. Und desweiteren: auf der Fläche der ehemaligen Zeche Mont-Cenis in Herne soll im Jahr der Endpräsentation der IBA 1999 nicht nur die Fortbildungsakademie des Innenministeriums des Landes NRW fertiggestellt sein (IBA 55/97, 17), sondern dieser ohnehin außergewöhnliche, gläserne Häuser-in-Halle-Bau (mit mediterranem Innen-Klima) wird das gegenwärtig größte dachintegrierte Solarkraftwerk der Welt mit 1-Megawatt-Spitzenleistung (bei 10.000 m² photovoltaischer Fläche) erhalten und mithin das Doppelte des Eigenbedarfs produzieren.

Auch Windräder zur Stromerzeugung sind in der Rhein-Ruhr-Emscher-Lippe-Region in Betrieb - zukünftig verstärkt auch auf Halden - oft dank bürgerschaftlicher Eigeninitiativen, die insbesondere auch von kirchlichen Stellen in der Emscherzone tatkräftig vorangetrieben werden.

Eine andere Art Superlativ ist in den letzten Jahren auf einer riesigen ehemaligen Industriebrache des Stahlsektors zwischen dem Super-Gasometer und dem Technologiezentrum Umweltschutz in Oberhausen verwirklicht worden: Gemeint ist das CentrO

in der sog. Neue Mitte Oberhausen, eröffnet im September 1996. Es beansprucht, Europas größtes Einkaufszentrum zu sein, mit Mehrzweckhalle („Arena Oberhausen“) für „Events“, Sport- und Musikveranstaltungen, Freizeit- und Vergnügungspark, Gastronomielandschaft und Bürozentrum. Mit mehreren hundert Millionen D-Mark staatlich subventioniert, errichteten englische Investoren mit dem Einsatz von 2 Milliarden D-Mark ein baulich teilweise durchaus bemerkenswertes Dienstleistungszentrum mit guten infrastrukturellen Voraussetzungen. Schätzungsweise 6.000 Beschäftigte, vielfach in Teilzeitarbeit angestellt, betreiben dort gegenwärtig die Geschäfte. Nach den Projektionen sollen es in der Endausbaustufe 10.000 sein. Kritisch wird allerdings auch von einem Nullsummenspiel mit den Arbeitsplätzen geredet, weil im Einzelhandel der Nachbarstädte Beschäftigung verlorengehen würde. Die Kaufmannschaft in Oberhausen-Zentrum beklagt jedenfalls gravierende Umsatzrückgänge, ebenso wie die in Mülheim, Duisburg und anderswo (FAZ 11.9.97). Und ob das CentrO irgendwann mal den Kern eines neuen Stadtzentrums bilden wird, bleibt abzuwarten. Zunächst ist immerhin ein Wohnpark als Pilotprojekt unter dem Namen „Homeworld“ mit 80 Fertig- und Systemeigenheimen auf einem 300.000 m² großen Gelände geplant (FAZ 7.6.97).

Nach Unkenrufen aus der „Wirtschaftswoche“ (Nr. 38/1997) befindet sich das Einkaufszentrum noch nicht im Aufwind: von „strukturellen Schwächen“, „Mißmanagement im Vorzeigeeinkaufszentrum“, besonders hohen Mieten und Mietnebenkosten ist die Rede. Und unter den täglich 70.000 Besuchern wurden „zu wenig Tüenträger“ gesichtet, die außerdem nur 50,- DM je Kunde ausgaben. Der Umsatz jedenfalls müßte für viele Geschäfte doppelt so hoch sein. Mehr Kundschaft wird aus Holland, Belgien, der Region Köln und Münster und dem Sauerland langfristig erwartet; man hofft auf Kunden mit höherwertigem Bedarf. Schon nach einem Jahr wird öffentlich von einer Fehlkalkulation der Investoren (minus 1 Million DM monatlich) gesprochen. Dagegen steht die Selbstdarstellung der Zentrums-Betreiber, die ihre hochgesteckten Erwartungen (1 Milliarde DM Jahresumsatz: 850 Millionen Handel und 150 Mill. DM Gastronomie) erfüllt sehen. Schon 10 Mill. Gäste hätten das CentrO, den Park, die Arena und Kinos besucht. (FAZ 11.9.97)

Einem anderen, amerikanischen Großinvestor im



alten Industriegebiet blieben solcherlei Sorgen augenscheinlich bislang erspart. Die auch im CentrO ansässigen „Warner Brothers“ (internationale Kinogesellschaft) schufen nördlich von Oberhausen mit ihrer „Warner Brothers Movie-World“ ein Stück virtuelle Welt des Films zum Anfassen und zum Ergehen in einem „Movie- und Entertainment-Park“ in Bottrop-Kirchhellen.

Mit einem höheren künstlerisch-gestalterischen Anspruch will demnächst der österreichische Kultur-Innovator André Heller „Besucher aus aller Welt“ auf ein einst schwerindustriell genutztes Krupp-Areal in City-Nähe animieren, wenn er es zu „Erlebniswelten“ umgebaut haben wird, d.h. zu einer Parklandschaft mit künstlichen Grotten, Pflanzen-Labyrinthen und Wasserspielen. Der Künstler nennt all das einen „Anima-Park“. Kein lautes Medienspektakel noch der Rummel eines Vergnügungsparks ist seine Eingebung; der Wiener möchte die Idee von einem Traumpark verwirklichen, ein „Territorium sinnlicher Schönheit“ gestalten, „etwas, was es nirgendwo sonst auf der Erde gibt“ (WAZ vom 14.8.97 und 5.9.97). Und auch hier ist ein altes Industriegebäude von besonderem Wert der gestalterische Anreiz, nämlich die denkmalgeschützte „Jahrhunderthalle“. Dort wird u.a. eine Arena für Kultur- und Sportereignisse Platz finden, ebenfalls ein „Welt-Spiel-Zentrum“ für Kinder wie für Erwachsene. Das Rahmenkonzept für diese neue „Innenstadt-West“ in Bochum sieht darüberhinaus eine Bebauung mit Wohnungen und Büros am Rande des Geländes entlang vorhandener Straßen sowie einen öf-

fentlichen Park vor. Investoren und Betreiber sind öffentlich noch nicht bekannt. Vorsorglich wird das Gelände für 24 Mill. DM von der Öffentlichen Hand erschlossen und aufbereitet, damit demnächst 80 Mill. DM auf 120.000 m² investiert werden können.

Schöne neue Welt im ausgehenden Industriezeitalter, dort, wo es einst seinen Anfang nahm?

Diese klassische Industrieregion an Ruhr, Emscher, Lippe und Rhein ist längst zu einer klassischen Region des aktiven industriellen Strukturwandels avanciert. Allerorten wird die Notwendigkeit sichtbar, der Komplexität des Strukturwandels mit einer umfassenden und nachhaltigen Umgestaltung genüge tun zu müssen - was nur bedeuten kann, die ökonomische Modernisierung zukünftig viel stärker mit sozial- und beschäftigungspolitischen Innovationen zu verknüpfen sowie energie- wie verkehrspolitisch umzusteuern. Noch viel wirkungsvoller muß eine Umweltpolitik mit der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik verbunden werden. Dies zu schaffen, übersteigt jedoch die Möglichkeiten der Handelnden in der Region, wenn nicht generell neue Pfade einer entschiedenen sozialen und ökologieorientierten Marktwirtschaft auf der Bundesebene und von den tarifpolitischen Parteien beschritten werden. Der Wirtschaftspolitik muß allgemein konzeptionell eine entschiedene, *unmittelbar wirksame* beschäftigungspolitische Komponente implementiert werden, die dann regionalpolitisch eingebunden werden könnte.

Harry W. Jablonowski

